

Gotha, 5. Juli 2013



Wir wollen den Politikwechsel! Für eine rot-grüne Mehrheit im Land!

SPD und Grüne streiten für einen Politikwechsel und für einen solidarisch-ökologischen Aufbruch, für eine politische Alternative zum schwarz-gelben Stillstand in unserem Land. Das weltweit steigende Bewusstsein für mehr Mitbestimmung, Regulierung der Finanzmärkte und ein Ende des ichbezogenen Neoliberalismus widersprechen einer Fortsetzung der schwarz-gelben Bundesregierung.

Ziele, für die wir als SPD und Grüne eintreten, setzen bei dem an, was den Menschen in unserem Land wichtig ist: Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, eine konsequente und bezahlbare Energiewende, ein gerechtes Steuersystem, eine an den Menschen orientierte Sozial- und Gesundheitspolitik, eine Alterssicherung, von der man leben kann, eine wirkliche Gleichberechtigung und ein solidarisches Europa, werden von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Um diese Mehrheit werden wir bis zum 22. September kämpfen, um mit einer rot-grünen Regierung Deutschland moderner und gerechter zu gestalten.

Rot-Grün für einen gerechten Arbeitsmarkt und Chancengleichheit

Wir wollen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. SPD und Grüne werden einen flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einführen. Außerdem wollen wir gerechte Löhne. Dafür wollen wir das Tarifsystem stärken und die Gewerkschaften dabei unterstützen, die zum Teil gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn bezahlt werden. Dafür wollen wir die Spaltung des Arbeitsmarktes aufheben. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz wollen wir durchsetzen, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Auch die Gleichbehandlung von Beschäftigten in Leiharbeit wollen wir erreichen. SPD und Grüne werden das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbeslegschaften gesetzlich durchsetzen.

Rot-Grün für den Atomausstieg und die Energiewende

Wir setzen uns für die konsequente Fortführung der Energiewende ein. Statt Merkels Ausstieg aus dem Ausstieg bekennen wir uns ganz klar zum Ende aller Atomkraftwerke in Deutschland bis 2022, für die deutliche Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und für die Verdopplung der Energieerzeugung aus sauberen und erneuerbaren Quellen bis 2020. Die Energiewende ist ein Beitrag zu konsequentem Klimaschutz und ein Wirtschaftsmotor für Deutschland. Wir wollen eine Energiewende von unten: Energieerzeugung in den Händen von Bürgerinnen und Bürgern, Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerken. Wir wollen ungerechte und ökologisch schädliche Subventionen beenden und die Energiepreise dadurch sozial verträglich gestalten.

Rot-Grün für solide Finanzen und Steuergerechtigkeit

Deutschland ist trotz guter Steuereinnahmen in hohem Maße verschuldet – nicht zuletzt wegen der schwarz-gelben Regierungspolitik. Nur ein konsequenter Schuldenabbau ermöglicht die soziale und ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft – dafür stehen SPD und Grüne. Wir wollen, dass höhere Vermögen stärker zum Schuldenabbau und zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Eine gerechtere Steuerpolitik entlastet Geringverdiener und die breite Mittelschicht. Die höheren Einnahmen fließen zurück

in unser Gemeinwesen: in die Schuldentilgung, in Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung sowie die zugehörigen Infrastrukturen, in die Haushalte der Kommunen.

Rot-Grüne Grundsicherung und soziale Teilhabe

Soziale Sicherheit und die Chance am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, sind die Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmung. Arbeitslosigkeit, Erziehung von Kindern, Krankheit, Behinderung, Alter oder Schicksalsschläge dürfen in unserem reichen Land nicht Ursache für Armut sein. Die Grundsicherung wollen wir transparent, gerecht, nachvollziehbar und realitätsnah gestalten. Insbesondere wollen wir die Kinderregelsätze eigenständig und bedarfsgerecht ermitteln und in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren. Unsere Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger durch die Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine gute Kranken- und Pflegeversicherung haben.

Rot-Grün für auskömmliche Renten und gegen Altersarmut

Angesichts gebrochener Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut zunehmen. Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut können wir der Altersarmut nicht wirksam begegnen. Wir setzen deshalb auf die Bekämpfung von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung sowie auf eine gerechte Arbeitsmarktpolitik. Die gesetzliche Rente ist für SPD und Grüne die zentrale Säule der Altersvorsorge. Für Menschen, die langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge bezahlt haben, wollen wir eine monatliche Rente, die mindestens 850 Euro beträgt. Zwischen Ost und West wollen wir ein einheitliches Rentensystem herstellen und den Rentenwert Ost an den Rentenwert West angleichen.

Rot-Grün für eine moderne Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus

In vielen Bereichen ist die Bevölkerung Deutschlands fortschrittlicher als die Politik der schwarz-gelben Regierung. Das betrifft den Atomausstieg und den Mindestlohn, aber auch die Frauenquote oder die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. SPD und Grüne setzen sich für eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, um auch in den Führungsetagen die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Die Öffnung der Ehe und damit gleicher Schutz und gleiche Rechte für alle Partnerschaften inklusive des Adoptionsrechts sind überfällig – hier gilt es, das rot-grüne Projekt von 2001 endlich zu einem guten Abschluss zu bringen. Wir setzen uns dafür ein, die Modernisierung unserer Gesellschaft politisch zu begleiten: mit einem entschiedenen Kampf gegen Rechtsextremismus und der gezielten Förderung und Unterstützung der Zivilgesellschaft bei diesem Kampf, mit mehr Bürgerbeteiligung und mit einem Schutz der Bürgerrechte auch und ganz besonders im Internet. Wir wollen neue Wege bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens gehen und anders über Wohlstand und Wachstum reden. Wir zeigen: Der ungebremste Neoliberalismus von Schwarz-Gelb ist nicht alternativlos.

Rot-Grün für ein demokratisches und soziales Europa

SPD und Grüne stehen für ein starkes, gemeinsames Europa der Bürgerinnen und Bürger. Dafür muss Europa demokratischer und bürgernaher werden. Wir wollen Schluss machen mit der schwarz-gelben Hinterzimmerpolitik. Wir setzen uns für die friedliche Konfliktlösung in Krisenregionen ein und erteilen Rüstungsexporten zu Lasten von Menschenrechten eine klare Absage. Zivile Krisenprävention und der Schutz der Menschenrechte müssen im Zentrum deutscher und europäischer Außenpolitik stehen.

Wir alle verdienen Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit, wir verdienen Ideen und Visionen für unsere gesellschaftliche Zukunft, wir verdienen eine bessere Regierung und eine bessere Politik. Geben Sie zur Bundestagswahl am 22. September daher Ihre Stimmen einem rot-grünen Politikwechsel!